



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

Medienmitteilung

Basel, 16. Mai 2017

Unterstützung für die türkischstämmige Wohnbevölkerung dringend nötig

Im Zusammenhang mit den Spionage-Vorwürfen bei der Basler Polizei hat die SP Basel-Stadt bereits Fragen an den Regierungsrat gerichtet. Mit der Verhaftung dreier in Basel wohnhafter Menschen hat sich die Situation zugespitzt. Die SP doppelt deswegen mit einem erneuten Vorstoss nach. Die türkischstämmige Wohnbevölkerung benötigt umgehend eine wirksame Hilfestellung.

Mit einer Interpellation hat Ursula Metzger schon früh kritische Fragen zu den Spionage-Vorwürfen gestellt. „Für mich war klar: Wenn die Vorwürfe der Datenweitergabe stimmen, kann dies unmittelbare Konsequenzen für die Betroffenen haben“, meint die Grossrätin. Ende letzter Woche sind Verhaftungen in der Türkei von drei in Basel wohnhaften Personen bekannt geworden. Grossrätin Edibe Gölgeli reagierte schnell: „Es ist unklar, ob die Verhaftungen mit den Vorwürfen gegen den Polizisten im Zusammenhang stehen. Aber die Verhaftungen untermauern die Dringlichkeit, dass Licht ins Dunkel gebracht wird. Es herrscht eine grosse Unsicherheit in der Türkischen Community von Basel. Die Leute wollen und müssen wissen, ob sie gefährdet sind und was sie tun können.“ Sie stellt deswegen in einem weiteren Vorstoss Fragen an das Justiz- und Sicherheitsdepartement, was die potenziell Betroffenen tun können und welches ihre Rechte sind.

Die SP Basel-Stadt wird zudem mit den MigrantInnenvereinen das direkte Gespräch suchen, um Möglichkeiten für eine akute Hilfestellung abzuklären. Zudem prüft die SP Basel-Stadt den Handlungsspielraum auf Bundesebene.

Für weitere Auskünfte stehen zur Verfügung:

Pascal Pfister, Parteipräsident 079 625 14 50

Edibe Gölgeli, Grossrätin 078 715 70 50

Beilage: Interpellation bzgl. Verhaftung von schweizerisch-türkischem Doppelbürger in der Türkei



Interpellation bzgl. Verhaftung von schweizerisch-türkischem Doppelbürger in der Türkei

Am 13. Mai 2017 publizierten die BZ Basellandschaftliche Zeitung und die Basler Zeitung, dass drei türkischstämmige Personen in der Türkei verhaftet wurden. Die hier wohnhaften Türken sind in den vergangenen vier Wochen jeweils bei ihrem Besuch in ihrem Herkunftsland verhaftet worden – zum Teil direkt am Flughafen in Istanbul. Was den Männern zum Verhängnis wurde, ist unklar. Die Angehörigen vermuten als Gründe der Verhaftung die offen gezeigte Sympathie zur kurdischen Oppositionspartei HDP oder Erdogan-kritische Beiträge auf den sozialen Netzwerken.

Das Aussendepartement (EDA) bestätigt unter anderem auch, dass ein Mann mit schweizerisch-türkischer Staatsbürgerschaft verhaftet ist und dass sie versuchen, dessen Freilassung zu erreichen. Doch die türkische Regierung hindert die Schweizer Behörden scheinbar daran, Zugang zum Verhafteten zu bekommen. Somit wird die Arbeit des EDA dadurch erschwert. Seit dem Putschversuch im vergangenen Sommer erreichen uns tagtäglich verschiedene Schlagzeilen. Auch die türkischstämmige Community in Basel ist alarmiert. Seit der Spitzel-Affäre, bei der ein Mitarbeiter der Polizei mutmasslich für die Türkei spioniert haben soll, ist die Verunsicherung nochmals gestiegen. Die Kommunikation von Regierungsrat Baschi Dürr hat zusätzlich für Aufregung gesorgt. Der Sommer steht an und viele hier lebenden Türkinnen und Türken, Kurden, Aleviten und Oppositionelle sind beängstigt und unsicher, ob sie in die Türkei einreisen können.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Regierung zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

- Hat die Staatsanwaltschaft nicht die Verpflichtung, die Betroffenen von einer Amtsgeheimnisverletzung von sich aus darüber zu informieren? Wenn ja, wie gedenkt die Staatsanwaltschaft und/ oder die Polizei, die von der Datenweitergabe an die Türkei Betroffenen zu informieren?
- Gibt es eine Anlaufstelle für Betroffene? An wen können sich Familienmitglieder von Verhafteten wenden?
- Welche Kommunikation besteht zwischen dem Nationalen Nachrichtendienst und dem EDA in Zusammenhang dieser verhafteten Personen?
- Was wurde bis jetzt seitens des Kantons unternommen, um die Verhafteten frei zu bekommen und/ oder sie zu besuchen?
- Wusste die Polizei und/ oder die Staatsanwaltschaft von diesen Verhaftungen schon vor der Publikation der sog. Spitzel-Affäre in der Baz?
- In welchem Zusammenhang stehen die Verhafteten mit der Spitzel-Affäre Y.S.? Gibt es Hinweise darauf, dass ihre Daten missbräuchlich an die türkischen Behörden weitergeleitet wurden?
- Gehen E-Mail-Anfragen (meldung2269@stawa.ch) bei der Staatsanwaltschaft ein? Wenn ja wie hoch ist die Resonanz? Was für Auskünfte erhalten die Betroffenen?

Basel, 15.05.2017

Edibe Gölgeli